

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 24 (1930)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau : Monatsschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gefellschaft fein wird. Aber es ist wenigstens ein *Ersatz* möglich und notwendig. Es muß diesen Scharen der Arbeitslosen möglichst angenehme Unterkunft in denjenigen öffentlichen und vielleicht auch privaten Räumen, die man dafür frei machen kann, verschafft werden. Es dürfen nicht Wirtshaus und Kino ihre einzige Zuflucht sein. Es muß ihnen so viel als möglich *Ersatz-Beschäftigung* geboten werden. Und geistige *Ausfüllung*. Der ganze riesige Apparat unseres sogenannten freien Bildungswesens, der sonst zum großen Teil leer läuft oder für den geistigen Luxus arbeitet, müßte in den Dienst dieser Sache gestellt, vielleicht dafür auch *neue* Formen geschaffen werden. Auch diese Aufgabe wartet auf Organisatoren und Arbeiter!

Und auch eine andere Not wollen wir nicht vergessen: Wir wollen bedenken, daß überall, auch in den Ländern der schlimmsten Arbeitslosigkeit, neben dem Mangel am Nötigsten auch *Ueberfluß* vorhanden ist, und zwar nicht nur in den Magazinen und Verkaufslokalen, sondern auch in den Vorrätsräumen, in den Zimmern, in der Lebenshaltung, in den Vergnügungen der Besitzenden, bis in den Kleiderluxus hinein. Neben dem „stempelnden“ Arbeiter führt ein Luxusauto den Bourgeois zu Kaviar und Champagner; die Proletarierin, die nicht mehr weiß, wie sie ihre eigene Blöße und die der Kinder decken soll, beobachtet an der reichen Dame ein Kleid, aus dessen Kosten sie mit ihrer Familie zwei oder drei Jahre leben könnte. Diese Zustände bedeuten eine furchtbare Aufreizung. Wird unsere üppig gewordene Bourgeoisie vor der Weltnot dieses Winters daran denken? Wird sie das Mene Tekel sehen, die Flammenschrift an der Wand? „Mitternacht ist diese Stunde!“

Wie werden wir Weihnachten feiern?

Noch einmal sage ich und poche an Herzen und Gewissen mit Frage und Mahnung: Die Arbeitslosigkeit ist jetzt *das* Problem.

L. Ragaz.



Rundschau

Monatsschau.

Die Aufmerksamkeit der Welt, zum mindesten des Abendlandes, war in der Berichtszeit auf

1. Die faschistische, im besondern die nationalsozialistische Welle

gerichtet. Was würde nach dem 14. September besonders bei der Eröffnung des neuen deutschen Reichstages werden? Und was würde am 9. November, dem Tag der österreichischen Wahlen, sowie unmittelbar vorher und nachher, geschehen? Eine erste Antwort ist inzwischen erfolgt: die Welle ist vorläufig nicht weiter gestiegen, im Gegenteil eher zurückgegangen. Bei der Eröffnung des Reichstages ist es von der nationalsozialistischen und kommunistischen Seite zu

Spektakel und Gegenpektakel gekommen, aber *Taten* sind keine geschehen. Die radikalen Anträge in Bezug auf die Außenpolitik, auf die es besonders angekommen wäre (Einstellung der Zahlungen des Young-Planes, Kündigung des Vertrages von Versailles, Wiederherstellung der deutschen Heeresmacht), sind im Ausschuß abgelehnt worden (wie es heißt, ausgerechnet infolge von Stimmenthaltung der Nationalsozialisten!), und es scheint, als ob die braufenden Gewässer des Nationalismus einfach von dem allgemeinen Strombett jenes *Revisionismus*, d. h. der Bewegung, die auf rasche oder langsame Aufhebung des Friedensvertrages geht, aufgenommen worden seien.

Adolph Hitler hat in allerlei Aeußerungen sich bemüht, sich und seine Bewegung als Muster von Loyalität hinzustellen und hat sich in einer Auseinandersetzung mit dem französischen Chamäleon Gustav Hervé beinahe als Pazifisten ausgespielt. Wie weit das aufrichtig ist, bleibe dahingestellt. — Hitler ist vielleicht ein geriebenerer Taktiker als man denken möchte — aber revolutionär ist eine solche Haltung nicht gerade, und abkühlend muß sie wirken. Auch in der Sozialpolitik war, abgesehen von einigem Theater, von revolutionären Taten nichts zu merken. Das Eintreten für den Metallarbeiterstreik in Berlin kostete wohl nicht viel. Jedenfalls hat sich die Regierung Brüning infolge der Unterstützung durch die Sozialdemokratie behauptet. Was wir jetzt in Deutschland haben, ist, wie es in der letzten Monatschau vorausgesagt wurde, eine *Diktatur*, die im Zeichen Hindenburgs steht. Es ist eine gemäßigte, ein wenig verschleierte Diktatur, aber doch eine Diktatur. Denn von einer parlamentarisch-demokratischen Regierung kann bei dem vorhandenen deutschen Chaos keine Rede sein. Die Diktatur wird auch durchaus notwendig — ein notwendiges Uebel — wenn die gestaltenden demokratischen Kräfte eines Volkes versagen. Darum haben wir sie, nebenbei gesagt, heute fast überall, nur in verschiedenen Graden der Deutlichkeit und der Gewalttätigkeit. Nehmen wir noch dazu, daß der preußische Sozialismus unter Führung des Ministerpräsidenten Braun, des Ministers des Innern Severing und des Polizeipräsidenten von Berlin Greszinsky entschlossen ist, dem Nationalsozialismus die Zähne zu zeigen, was einem solchen gewöhnlich mehr großsprecherischen als wirklich mutigen Gegner schon imponiert — er hat sich denn auch darauf beschränkt, jüdischen Geschäftshäusern die Fenster einzuwerfen — so scheint vorläufig der Hitlersturm zurückgewiesen.

Einen ganz starken Rückschlag in der faschistischen Bewegung bedeuten auf alle Fälle die Wahlen in *Oesterreich*, die inzwischen erfolgt sind. Sie brachten der Heimwehrbewegung à la Starhemberg eine Niederlage, von der man annehmen sollte, daß sie entscheidend sei und zogen die spezifische Partei der katholischen Kirche, die christlich-soziale, in diese Niederlage mit hinein, während die Sozialdemokratie sich, trotz eines gewissen Rückgangs der Stimmen, gut behauptete und zur stärksten Einzelpartei des Nationalrates wurde. Die Rolle der Partei, die sich um den durch Vaugoin und Seipel verdrängten Doktor Schober sammelte, hat gezeigt, daß sich heute doch noch nicht einfach bloß Faschismus und Sozialismus (oder gar Kommunismus) gegenüberstehen, sodaß der Bürgerkrieg unvermeidlich wäre, sondern daß es noch wichtige Elemente *zwischen* ihnen gibt, die verstärkt werden können.

Die österreichische Krisis ist freilich noch nicht vorüber. Es fragt sich zunächst, ob Starhemberg wagt, seinen Plan auszuführen, trotz der Wahlniederlage doch in der Regierung zu bleiben und den „Marxismus“ mit dem Ochsenziemer zu behandeln, wie er sich ausdrückte. Es ist wenig wahrscheinlich. Und damit ist ein Feuer gelöscht, das besonders, wenn man auch die Wiedereinfetzung der Habsburger versucht hätte, leicht nach allen Seiten übergreifen und ein Brand hätte werden können, dessen Ende der Untergang Europas gewesen wäre.

Eine Erfahrung dieses Kampfes ist besonders hervorzuheben. Die von den übrigens verfassungswidrigen Regierung Vaugoin-Starhemberg im letzten Augenblick durchgeführte „Razzia“ auf sozialdemokratische Waffen, während die Heim-

wehren mit ihrer unvergleichlich stärkeren und offenkundigen Rüstung unangetaftet geblieben (eine Aktion, die dazu bestimmt war, die Arbeiterschaft zu gewaltfämem Widerstand zu reizen, worauf dann die Heimwehren und das Heer freie Hand gehabt hätten, und die Wahlen hätten vermieden werden können), ist von der rechtzeitig gewarnten Arbeiterschaft durch eine *passive Resistenz* beantwortet worden, die mehr bedeutet als eine gewonnene Schlacht und gezeigt hat, was für eine Waffe die Arbeiterschaft daran besitzt, wenn sie daran *glaubt* und diese Waffe richtig und rechtzeitig schmiedet. Und umgekehrt ist in Oesterreich nun deutlich genug geworden, welch eine *trügerische* Waffe für die Arbeiterschaft der Verlaß auf militärische Gewalt ist. Unsere schweizerischen „Marxisten“ haben bekanntlich immer auf das österreichische Beispiel hingewiesen, um die Notwendigkeit der „Wehrhaftigkeit des Proletariats“ zu beweisen. Nun kann man ja sehen, wohin das führt. Nicht nur ist die „Volkswehr“, die einst sozialdemokratisch war, wie die Polizei in die Hand der Gegner geraten, sondern es erweist sich auch der „Republikanische Schutzbund“ eher als eine Gefahr, denn als ein Schutz; die Genossen wären ihn gerne los, je eher je lieber, und fordern seit Jahren die „innere Abrüstung“. Ähnliches gilt in Deutschland von der Reichswehr, die mit Hilfe der Sozialdemokratie groß geworden und nun selbstverständlich ein Werkzeug der Reaktion ist, das nur auf seinen Tag wartet. Wer die Arbeiterschaft auf solche Wege führt, ist nicht ein Führer, sondern ein Irreführer; er verrät den Sozialismus. Die Arbeiterschaft wird nur mit andern Waffen siegen.

Diese österreichischen Wahlen haben also in jeder Beziehung eine große Wichtigkeit und könnten sogar einen Wendepunkt bedeuten.

Von besonderem Interesse ist die Stellung zweier Mächte zu dieser ganzen mitteleuropäischen Entwicklung: die der deutschen Sozialdemokratie und der römischen Kirche.

Die *deutsche Sozialdemokratie* ist durch das Ereignis des 14. September in eine äußerst kritische Lage versetzt und vor Entscheidungen gestellt worden, die leicht Sein oder Nichtsein bedeuten könnten. Sollte sie die Regierung Brüning stützen oder sich zu der Opposition gegen sie gesellen? *Skylla und Charybdis!* Tat sie das Zweite, dann, so schien es, kam eine Diktatur Hitler und der fast sichere Bürgerkrieg; tat sie das Erste, dann drohte ihr ein weiterer Abfall der proletarischen Massen. Also, auf beiden Wegen die Katastrophe! Man wird sich bei dieser Sachlage vor allzuräufigen Urteilen über die getroffene Entscheidung hüten müssen, für die sogar ein Mann wie Heinrich Ströbel einsteht. Mit demagogischen Redensarten wird ein solches Problem nicht gelöst. Wenn die Führer wirklich ernsthafte Gründe hatten, als Folge einer Oppositionsstellung zur Regierung Brüning eine nationalsozialistische Diktatur mit der daraus notwendig entstehenden innenpolitischen und außenpolitischen Katastrophe zu fürchten, dann ist ihr Verhalten zum mindesten sehr begreiflich. Jedenfalls muß man ihnen herzlich zustimmen, wenn es ihnen wirklich ernst war mit dem Grundsatz, lieber eine ganze unpopuläre *Verantwortung* auf sich nehmen, als eine glänzende, aber im Grunde feige und jedenfalls wenig gewissenhafte Oppositions-Demagogie zu treiben, wie das, wenigstens von ferne gesehen, die französischen Sozialisten unter Führung von Leon Blum tun. Dann — freilich nur dann — wird ihr Verhalten auch nicht ohne Segen sein. Freilich läuft die Sozialdemokratie dann Gefahr, für die Rettung von Republik und Demokratie unterzugehen, aber auch das könnte eine Aufgabe sein und der Sozialismus aus diesem Opfer in anderer Form neu aufleben.

Persönlich glaube ich freilich, daß es ein falscher, weil unnötiger und allzu gefährlicher Weg sei. Man hätte es auf eine Diktatur Hitler ankommen lassen und alle Kraft darauf sammeln sollen, die neue Chance des Sozialismus durch eine neue sozialistische Schilderhebung in Form eines radikalen, aber echten sozialistischen Oppositionsprogramms mit volkstümlicher Werbekraft auszunützen. Man hätte es *dürfen*: denn mit höchster Wahrscheinlichkeit, ohne Krieg nach außen und innen, wäre dann die Hitlerherrlichkeit bald zu Ende gewesen und Raum für neue Entwicklungen geworden. 1918 hätte sich in besserem Stil wiederholen können. So aber

besteht die große Gefahr, daß die Sozialdemokratie als Stütze der Regierung Brüning und der verflehten Diktatur „Hindenburg“ immer mehr deren Gefangene wird und damit eine sehr schwere, vielleicht entscheidende Katastrophe erlebt. Jedenfalls müßte nun der sozialistische *Radikalismus* (im guten Sinne) in *anderer* Form deutlich vertreten sein. Aber wo ist dies der Fall? Weil dieser Geist nicht vorhanden ist, so muß man freilich wohl auch sagen, daß die Sozialdemokratie, so wie sie heute ist, jene andere, bessere Politik vielleicht gar nicht machen *könnte*.

Der Sozialismus ist durch diese neuen Entwicklungen in seiner *marxistisch-politischen* Form über Nacht in eine Krise auf Leben und Sterben geraten und hat wahrhaftig keinen Grund zum Hochmut. Und es ist nicht *zufällig* so gekommen. Nicht so steht es mit dem Sozialismus in *andern* Formen — für *diese* sind seine Aussichten größer als je!

Nicht weniger groß, ja noch größer ist die den gleichen Ursachen entstammende Krisis der *römischen Kirche*. Daß sie in Oesterreich eine starke Niederlage erlitten hat, ist schon angedeutet worden. Aber das Problem hat eine viel größere Tragweite. Wie soll sich die Kirche zu dem Kampf zwischen Faschismus und Sozialismus stellen? Soll sie sich mit dem Faschismus verbinden und ihn zur Niederwerfung des Sozialismus und Aufrichtung eines neuen autoritären Gesellschafts-Systems im Abendlande benutzen, oder soll sie die Möglichkeit wahren, allfällig doch mit einem siegreichen Sozialismus zusammen zu leben? Auch keine leichte Wahl! Offenbar tobt nun im Schoße der katholischen Führerschaft selbst ein leidenschaftlicher Kampf. Während der Prälat Seipel mit dem Faschismus in Gestalt der österreichischen Heimwehren geht, exkommuniziert der Erzbischof von Mainz die Kirchenglieder, die zum Nationalsozialismus gehen. Es scheint (nach Aussagen gut Unter richteter), daß der Papst auf der faschistenfreundlichen Seite stehe. Mit ihm geht wahrscheinlich ein Teil des höheren Klerus. Der niedere sei in Italien zum weitaus größeren Teil heftig gegen den Faschismus. Aus seiner Mitte ist eine Streitschrift gegen ihn und gegen den Abfall der Kirche zu ihm hervorgegangen, die in ihrer Leidenschaft an die Reformationszeit erinnert. In den österreichischen Wahlkampf aber haben die Bischöfe zu Gunsten der mit den Heimwehren verbündeten Christlich-Sozialen mit einer Erklärung eingegriffen, worin der Kampf als der zwischen Christus und Belial bezeichnet wurde, ein Verhalten, das der Kirche sicher ganz schweren Schaden zugefügt hat. Wie wird die Entscheidung endgültig fallen? Wieder *Skylla* und *Charybdis*! Fällt sie — abgekürzt ausgedrückt — für den Sozialismus, so scheint das konservative Prinzip der Kirche gefährdet; fällt sie für den Faschismus, so droht sie nicht nur in ein antichristliches Denken verwickelt, sondern auch in einen Sturz des Faschismus mit hineingerissen zu werden. Vielleicht auch wird eine Entscheidung vermieden, aber auch das ist für eine Macht wie die römische Kirche eine böse Sache. So oder so — katastrophale Wendungen scheinen unausbleiblich.

Uebrigens bleibt der *Protestantismus* von dieser Krise nicht unberührt. Ein großer Teil des deutschen Protestantismus hält es mehr oder weniger mit dem Nationalsozialismus, und übrigens ein zwar nicht großer Teil des schweizerischen mit dem Faschismus. Auch das kann nicht ohne eine Katastrophe enden.

Die Bedeutung des faschistischen Problems für das Christentum versucht das Manifest der religiösen Sozialisten, das man anderwärts in diesem Hefte findet, aufzudecken.

Folgen wir nun noch einen Augenblick dem Kampf zwischen Faschismus und Sozialismus weiter, so wäre für die Berichtszeit auf die nun erfolgte Aufhellung der Affäre *Kutjepow* und auf die in *Finnland* geradezu ein Sport gewordene gewaltsame „Entführung“ von politischen Gegnern, hier in der übrigens mißlungenen des ehemaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses des Professors Stahlberg und seiner Frau gipfelnd. Diese neuen Methoden des politischen Kampfes sind auch ein Zeichen der ganzen Brutalisierung, der dieser, wie unsere ganze Zivilisation, immer rascher verfällt. Bedeutsam auch, daß die Entführer Stahlberg der finnische Generalstabschef und seine Helfershelfer waren, die damit ein Hindernis für den *Krieg*

gegen Rußland beseitigen wollten. Denn der Krieg gegen Rußland, den auch Hitler predigt (während Mussolini mit Rußland intime Freundschaft pflegt und es mit Deutschland zusammen gegen Frankreich führen will oder doch so tut), nimmt nun, als Plan, bestimmtere Formen an. Freilich sieht man, wie hier das Widersprechendste durcheinander wirbelt¹⁾. Rußland selbst trägt, wie durch seine Religionsverfolgung, durch sein neuestes „Dumping“ stark dazu bei, diese Entwicklung zu fördern. Dieses „Dumping“ scheint freilich nicht irgend einer satanischen Spekulation auf die Zerrüttung Europas, sondern seiner wirtschaftlichen Not, dem Bedürfnis nach Kapital, entsprungen zu sein. Wobei übrigens interessant ist, daß auch in unserer lieben Schweiz, und zwar besonders in der welschen, wo ja der antibolschewistische Furor besonders stark ist, gewisse Patrioten, die öffentlich mit diesem protzen, im Geheimen mit dem russischen Benzin schwungvolle Wuchergeschäfte machen. Und der russische Weizen ist als wohlfeil überall willkommen. Man ist versucht, darauf in einiger Umdichtung den bekannten Goetheschen Vers anzuwenden:

„Ein echter Schweizermann mag keine Bolschewik leiden,
Doch ihren Weizen kauft er gern.“

Was geht im übrigen in Rußland vor? Stets neue Verhaftungen von „Verschwörern“, Verstoßung von Oppositionsmännern, dazu wachsende Hungersnot. Neu ist der Zwangs-Arbeitsdienst, der erlaubt, Arbeiter nach Belieben zu verwenden, wo man will. Er erinnert sehr an diese Form von Sklaverei in Afrika! Es steht jedenfalls nicht gut mit dem Fünfjahrplan und anderem, und die entgegengesetzten Nachrichten sind Bluff. Uebrigens: Sollten wir für die russische Hungersnot kein Herz haben, weil wir politisch und religiös Gegner der Bolschewisten sind?

Eher noch schlechter als im kommunistischen Rußland scheint es im *fascistischen Italien* zu stehen. Von allen Seiten her kommen die Anzeichen, daß das Regime nun aus dem letzten Loch pfeift. Zuverlässige Zeugen melden, daß nun die Opposition gegen den Faschismus in Italien *ganz allgemein* sei und sich darum auch offen äußere. Die Verfolgung besonders hervorragender Gegner, die neuerdings wieder stärker eingesetzt und sogar den Sohn eines hochgefeierten nationalen Helden und Märtyrers wie Cesare Battisti erfaßt hat, ist kein Beweis dagegen. Ebenfowenig die im Gegensatz zu früheren Äußerungen stehende Erklärung Mussolinis, der Faschismus sei nun ein „Exportartikel“. Denn das ist nur Flucht ins Ausland. Wie übel es mit dem Regime steht, zeigt auch Mussolinis Versuch, mit Hilfe des Papstes dessen Basis durch Zuziehung anderer Elemente zu verbreitern. Es wanken eben alle Stützen. Nicht nur auf das Heer sei nicht mehr Verlaß, sondern auch nicht einmal auf die faschistische Miliz, aus der darum eine besonders sichere Leibgarde in Form von „Stoßtrupps“ ausgesondert werden soll. Besonders schlimm sei die wirtschaftliche Lage, und zwar nicht bloß für die Arbeiterchaft, sondern gerade auch für die bürgerlichen Kreise. Die italienischen Werttitel stehen im Kurse tiefer als die fast aller andern Länder. Die ganze Korruption, die mit der Diktatur ja immer verbunden ist, verschlingt ungeheure Summen. Um sich zu helfen, versuchte Mussolini auswärtige Anleihen zu bekommen. Seine nach Irrsinn aussehenden Reden, wie seine ganze Politik fänden ihre Erklärung zum Teil darin, daß sie eine *Erpressung* bei den in Aussicht genommenen Geldgebern, besonders bei Frankreich, sein sollen.

Wenn das wahr ist — und alles spricht dafür, daß es wahr ist —, dann ist es mit dem Eckpfeiler, der das ganze Gebäude des europäischen Faschismus zusammenhält, übel bestellt. Dann aber dürfte überhaupt die Bundesgenossenschaft des faschistischen Italiens wenig wert sein. Es könnte sich an ihr das biblische Bild von dem Rohr bewähren, das dem, der sich darauf stützen will, durch die Hand sticht.

¹⁾ Das *Polen* Pilsudskis, das nun, wenigstens für eine Weile, durch die letzten Wahlen zum Sejm auch faschistisch gemacht worden ist, und zwar mit echt faschistischen Mitteln, wird wohl auch nicht geneigt sein, mit Rußland und Deutschland gegen Frankreich zu marschieren!

(2. Könige 18, 21.¹) Möge sich besonders *Deutschland* durch diese Tatsachen warnen lassen!

2. Die Befreiungsbewegung.

Wenn wir noch einen Blick auf die übrige politische Weltbewegung werfen, so ist, wie schon angedeutet wurde, im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Welle in der Berichtszeit der *Revisionismus* noch mehr hervorgetreten. Er steht überhaupt stark unter der Führung des Faschismus. Mussolini benutzt ja, sehr heuchlerischer Weise — man denke bloß an Südtirol und Fiume — diese Lofung, um unter seiner Leitung alle „Besiegten“, wenn möglich gar mit Rußland vereinigt, zu einer Koalition gegen Frankreich und dessen Verbündete zusammenzuschließen. Es stehen also Italien, Ungarn, Bulgarien, die Türkei (?), dazu Deutschland und ein wenig Rußland, gegen Frankreich, Polen und die Kleine Entente. England und die „Neutralen“ stehen zu. Frankreich droht in starke Isolierung zu geraten.

Daneben zeichnen sich andere, zum Teil entgegengesetzte Tendenzen ab. Die *agrarische* Bewegung der Südoststaaten hat sich in Konferenzen in Bukarest und Prag fortgesetzt, bis jetzt ohne greifbare Ergebnisse. Die *Balkankonferenz* in Athen scheint günstiger verlaufen zu sein, als man hoffen durfte. Oder war es nur orientalisches Theater? Es scheint doch etwas Besseres zu sein.

Eine große Ueberraschung war die Erklärung der englischen Regierung über die *Palästinafrage*, die durch ein vorläufiges Verbot weiterer jüdischer Einwanderung das Werk des Zionismus zu zerstören schien. Wie es scheint durch den, vielleicht etwas allzu leidenschaftlichen, Protest des Judentums bestimmt, wurde das Verbot wieder aufgehoben. Der *richtige* Zionismus sollte sich von diesem Hin und Her der Tagespolitik unabhängig wissen und behält seine Verheißung.

Aus *Indien* ertönt immer das gleiche traurige Lied: der Kampf zwischen dem zähen, trotz allem nicht erlahmenden Nationalismus und der Regierung, die ihm mit brutaler Gewalt begegnet. So sieht es wenigstens auf der Oberfläche aus. Rund 25 000 Indier sitzen deswegen im Gefängnis, wovon aber nur 1000 wegen *Gewaltssamkeit* angeklagt sind! Und nun kommt die lang erwartete *Round Table Conference*. Möchte wenigstens über ihr ein guter Stern leuchten, wie es bei der *britischen Reichskonferenz* nicht der Fall gewesen zu sein scheint. Inzwischen sind die *Kurden* durch die Türken und die Ureinwohner von *Formosa* durch die Japaner hingemordet worden!

Die Revolutionen in *Südamerika* scheinen zum Teil zwar Auflehnung gegen korrupte oder unfähige Diktaturen gewesen, zum Teil aber auch einfach durch die wirtschaftliche Krisis verursacht worden zu sein. Ihre Spitze scheint gelegentlich gegen die Vereinigten Staaten gerichtet zu sein. Die *nordamerikanischen Wahlen* mit ihrem großen Siege der Demokraten standen ebenfalls unter dem Zeichen der Wirtschaftskrise. Hoover scheint dadurch als Präsident stark gefährdet und gehemmt. Da er ohnehin sehr enttäuscht hat, so braucht diese Wendung nichts Böses zu bedeuten, kann im Gegenteil Gutes wirken²).

¹) Der Servilismus unserer schweizerischen „Außenpolitik“ freilich scheint unheilbar. So ist jüngst unter Bruch der verfassungsmäßigen Rechte ein Buch von De Ambris über und gegen Mussolini: „Die Legende und der Mann“, von der Beförderung durch die Post ausgeschlossen worden.

²) Die arge Verkommenheit des nordamerikanischen Parteiwesens und die immer deutlicher werdende Unmöglichkeit, zwischen den beiden großen alten Parteien der Republikaner und Demokraten einen Unterschied zu machen, scheint in den moralisch und intellektuell höherstehenden Kreisen der Union immer stärker den Wunsch zu erregen, daß eine dritte Partei versuchen sollte, die fortschrittlichen, neuen Gedanken offenen Schichten der Nation, die Arbeiterschaft inbegriffen, zusammenzufassen und eine Gefundung der politischen Zustände herbeizuführen.

3. Die Friedensbewegung.

Die vorbereitende Abrüstungskonferenz, die in Genf tagt, steht unter dem Zeichen der ganzen europäischen Kontellation. Der deutsche Nationalismus stellt, durch die Reichstagswahlen getärkt, verschärfte Forderungen. Die ganze revisionistische Koalition verlangt „Abrüstung“, Frankreich und seine Verbündeten „Sicherheit“, die Andern vermitteln oder nehmen Partei. (Der Streit um den *Modus* der Abrüstung: ob das potentiell de guerre, d. h. die durch die Industrie und Anderes gegebene *Möglichkeit* der kriegerischen Rüstung mit berechnet werden solle und so fort, ist nur eine Form des Grundgegensatzes.) Hinter dem deutschen und dem faschistischen Radikalismus steht die Absicht einer deutschen und ungarischen Aufrüstung; er ist bloßes Manöver. Dadurch wird auch für aufrichtige Pazifisten die Stellungnahme sehr erschwert. Das Richtige wäre wohl, wenn dieser Pseudo-Radikalismus beim Wort genommen würde, doch das wäre eine Politik, deren Kühnheit nur aus einem starken *Glauben* stammen könnte, dafür aber fehlen die Voraussetzungen.

So wendet sich der Blick immer wieder derjenigen Kraft zu, die allein fähig wäre, eine Wendung herbeizuführen: der Erhebung der Völker selbst gegen Krieg und Militär! Obgleich in dieser Beziehung während der Berichtszeit nichts Entscheidendes geschehen ist, im Sinne jener Zusammenfassung aller Friedenskräfte und eines allgemeinen Erwachens, sind doch viele hoffnungsvolle Zeichen zu nennen. In *Holland* sind gegen eine neue Flottenvorlage nicht weniger als 1¹/₂ Millionen Unterschriften gesammelt worden, davon 80 000 durch die Vereinigung „Kirche und Frieden“. Die *belgischen* Sozialisten haben sich einstimmig gegen Kredite für neue Befestigungen an der Maas erklärt und zwar unter Führung De Brouckères. Man wird also aufhören müssen, ihn weiter als sozialistischen Kronzeugen für den schweizerischen Militarismus anzuführen. Auch Leon Blum hat eine Wendung zum verschärften Pazifismus gemacht. Die bernische und westschweizerische Sozialdemokratie demonstrierte am 16. November gegen die neuen Militärkredite ¹⁾. Die Sammlung von Unterschriften für die allgemeine Abrüstung geht in der Schweiz sehr gut vorwärts. Erstaunlich günstige Ergebnisse werden aus Bauerndörfern berichtet. Der Gemeinderat von *Thun* hat einen Kredit für Kadettenübungen abgelehnt, was eine Analogie im Kleinen zu dem Beschluß der englischen Arbeiterregierung bedeutet, allen militärischen Übungen an Unterrichtsanstalten und so weiter den staatlichen Charakter zu entziehen. Gegen die Erhöhung unseres schweizerischen *Militärbudgets* erklärt sich auch die Exekutive der Schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund. Diese Erhöhung des Militärbudgets auf nominell 100 (faktisch etwa 120) Millionen hat eine solche Erregung hervorgerufen, daß man sich, auf die Dummheit spekulierend, entschloß, die Sache dadurch zu maskieren, daß man das Budget nur um einige Millionen vermehren, das Uebrige aber durch einen Extrakredit von 16 Millionen beschaffen will. Vor einer Volksabstimmung hat man schwer Angst und umgeht sie auf alle Weise. Mit Recht; ihr Ergebnis wäre unzweifelhaft.

Es gibt freilich auch Rückschläge. Es ist jedenfalls ein bedenkliches Symptom, wenn die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß, während die Kurse aller Industripapiere infolge der Wirtschaftskrise sinken, die der großen *Rüstungsunternehmen* (Vickers in England, Schneider-Creusot in Frankreich) im letzten Jahre unaufhaltsam gestiegen seien. Die deutsche Regierung hält merkwürdigerweise den Augenblick, wo man aus Mangel an Mitteln die Sozialpolitik verkürzt und be-

¹⁾ Auch die „Zentralstelle für Friedensarbeit“ beteiligte sich daran. Es sollen etwa 25,000 Menschen zusammengeströmt sein, darunter auch viele nichtsozialistische Friedensfreunde. Man demonstrierte besonders vor dem Bundeshaus, wo die Hauptaktion stattfand. Redner waren die sozialdemokratischen Nationalräte *Grimm* und *Perret*. Oft gerade *Grimm* geeignet war, den Friedenswillen der Arbeiterchaft zum Ausdruck zu bringen und auf unsere bürgerlichen Militaristen den zu wünschenden Eindruck zu machen, mag der Leser entscheiden.

hauptet, den Youngplan nicht tragen zu können, für geeignet, um 300 Millionen Mark für den Ausbau der Panzerflotte zu budgetieren. Lord Cecil, der „Große Friedensfreund“, hat scheinbar in Genf nichts Gescheiteres zu tun gewußt, als in Harmonie mit unseren Militaristen und Halb militaristen wieder einmal das schweizerische Milizsystem als die ideale Form der Abrüstung zu empfehlen. „Gott behüte uns vor unsern Freunden!“¹⁾ Ein schweizerischer *Feldprediger* aber soll letzthin seine Soldaten als „Gottesvolk in Waffen“ angeredet haben, über welche Qualifikation die Soldaten selbst nicht wenig erstaunt gewesen seien.

Auf der andern Seite aber steht die Tatsache, daß in der letzten Zeit gerade zwei Pfarrer die *Militärsteuer* verweigert haben, und zwar die Pfarrer *Boller* in Kyburg (Zürich) und *Jaques* in Lausanne. Ueber den Fall des Ersteren liest man in diesem Hefte einen ausführlichen Bericht. Jaques aber ist Missionar in Südafrika und hat dort eine sehr schöne Wirksamkeit. Nachdem er die Steuer schon früher verweigert, kündigte er sofort nach der Heimkehr in den Urlaub die Wiederholung dieses Aktes an, sehr zur Verlegenheit seiner Gesellschaft, die ihn doch nicht zu entlassen wagte. Er ist mit zwei Tagen Gefängnis bestraft worden. — Die Verweigerung der Militärsteuer scheint immer mehr aktuell zu werden.

Man liest in diesem Hefte auch das *Manifest für die Abschaffung der Militärdienstpflicht*, unterzeichnet von Männern und Frauen aller Länder, wie aller Rassen und Religionen.

Unsere Verteidiger des Militärs scheinen im Angesicht der Volksbewegung dagegen doch mehr und mehr das Bedürfnis zu empfinden, sich öffentlich zur Diskussion zu stellen. Lange genug hat man getan, als ob man den Antimilitarismus als *quantité négligable* betrachten dürfe. Man muß es unserm neuen Kriegsminister *Minger* wirklich zur Ehre anrechnen, daß er den Mut hatte, sich an einer Volksversammlung von 2000 Mann im aargauischen Dorf *Gränichen* zur Diskussion zu stellen. Seine Rede ist wirklich eine treffliche Zusammenfassung dessen, was man anno 1870 oder sogar noch 1910 für das schweizerische Heer sagen konnte! Der Korreferent, *Dr. Arthur Schmid*, hat dann das gesagt, was anno 1930 Wahrheit ist. Immerhin ist es zunächst ein Erfolg der Gegner, wenn sie sich auch nur zu stellen wagen, freilich nur ein vorläufiger Erfolg, der die Verbreitung der Wahrheit nicht lange aufhalten wird.

Bezeichnend für die Lage eines Kampfes ist immer die Stellung der *Kunst* und *Literatur* dazu. Darum ist es ein hochehrwürdiges Symptom, wenn der „*Helfer*“ von Adrian von Arx in Olten (ausgerechnet in Olten!) dreimal nacheinander den Theateraal mit einer tiefergriffenen Menge füllte. Möge er nun durch die ganze Schweiz wandern und darüber hinaus! Und ein Stück wie „*Die andere Seite*“ (*Journeys end*), welcher Mensch könnte es sehen, ohne davon bis ins Mark erschüttert zu sein und das „Nie wieder Krieg!“ aufs neue als heiliges Gelübde auszusprechen?

4. Soziales und Sozialistisches.

Es ist kein Zufall, daß diesmal so viel von der sozialen Not und dem sozialen Kampf zu melden ist. Denn *diese* Welle ist sehr stark im Steigen.

¹⁾ Ich habe, als ich die obige Bemerkung schrieb, naiver Weise angenommen, der Bericht, der über diese Äußerung durch die Presse ging, sei zuverlässig. In Wirklichkeit scheint er eine Tendenzmache der militaristischen Kreise zu sein. Edmond Privat, ein Mann, der in diesen Dingen genau orientiert und auf den Verlaß ist, erklärt in der „*Sentinel*“ (Nr. 265) mit Entschiedenheit, die Äußerung Lord Cecils habe im Zusammenhang mit seiner Rede einen ganz andern Sinn gehabt, als ihr jene Kreise gegeben hätten und hätte nichts weniger als eine Empfehlung der allgemeinen Einführung des Milizsystems sein sollen.

Damit stimmt die Tatsache, daß Lord Cecil das *Manifest für die allgemeine Abrüstung* unterzeichnet hat. Unsere Freunde sind also gebeten, auf diese neueste militaristische Ente Jagd zu machen.

Im Vordergrund steht immer die *Arbeitslosigkeit*, dieses Mene Tekel der kapitalistischen Ordnung. Sie hat wieder mächtig zugenommen und in Deutschland die Zahl von 3,5 Millionen, in Amerika die von 5 bis 7 Millionen Unbeschäftigter erreicht. Hand in Hand damit gehen die großen *Börsenkrache* (besonders in New-York- und Berlin) und die Zusammenbrüche (freilich auch Riesenprofite!) geschäftlicher Unternehmen. Dazu die Arbeitskonflikte. Besonders hervorgetreten ist jener *Streik der Metallarbeiter in Berlin*, der zum Kampfplatz der Parteien wurde und mit einer etwas maskierten Niederlage der Arbeiterschaft geendet hat. Nur einen kleinen Erfolg errang im besten Fall der, in kleinerem Maße, analoge *Holzarbeiterstreik in Basel*, bei dem kirchliche Kreise vermittelnd eingriffen. Groß ist in der östlichen Schweiz die Not der *Textilarbeiter*. Eine weitere Begleitung zu diesen Umständen bilden die furchtbaren *Grubenkatastrophen* in Alsdorf, Maybach und Millfield (Ohio). Daß hier auch eine furchtbare und mannigfaltige *Schuld unserer Gesellschaft vorliegt*, ist klar genug. Von Versuchen, der Not der *Landwirtschaft* durch internationale Vereinbarungen und Zusammenschlüsse zu steuern, ist schon die Rede gewesen. Eine äußerst bedenkliche Sache ist der allgemeine *Lohnabbau* besonders in Deutschland. Ob die auf *Senkung der Preise* gerichtete Aktion der Regierung Brüning dafür ein Gegengewicht schaffen kann, ist wohl mehr als zweifelhaft.

Was den *politischen* Kampfplatz des Sozialismus betrifft, so ist in der Berichtszeit neben jenen großen Themen: Deutschland und Oesterreich besonders noch von *Wahlen* zu berichten. Sie sind in Norwegen für den Storting ungünstig ausgefallen, ebenso in England für die Gemeinden, günstig in Australien und Neuseeland für die Legislative und in Genf für den Großen Rat. Hier besonders wohl auch wegen der Kompromittierung einiger Führer in Patriotismus und Sozialistenfresserei durch gewisse Geschäfte mit dem russischen Benzin.

Mit der *Labour-Regierung* scheint es abwärts zu gehen. Auch parlamentarische Nachwahlen fallen vorwiegend *gegen* sie aus. Man wirft ihr Mangel an Energie vor allem in der Behandlung des Problems der Arbeitslosigkeit vor. Wir Andern vermessen — mit Recht oder Unrecht — in ihrer auswärtigen Politik sowohl jenen Idealismus, den eine sozialistische Politik atmen sollte, als auch einen richtigen Realismus. So vor allem in der Abrüstungsfrage und in der Lösung des indischen Problems. Aber die Regierung ist, wie immer, nicht die allein Schuldige. An dem Kongreß der Labour Party in Llanddudno fand weder die Abrüstung noch das indische Problem das Ohr der Versammlung, sondern bloß die Frage der Arbeitslosigkeit. Klassenegoismus der Arbeiterschaft, sehr begreiflicher, gewiß, aber trotzdem kurzsichtiger.

Im Schweizerischen *Kommunismus* geht der Kampf zwischen der neuen und alten „Linie“ vorwärts. *Bringolf* scheint sich von neuem besonnen zu haben und berichtet von einer tiefen inneren Krise, die er durchmache. Möchte sie ihn recht tief in die Wahrheit hineinführen und damit vielleicht für eine Weile von der Politik, in die er zu früh geraten ist, weg. Den umgekehrten Weg geht *Humbert Droz*. Er kehrt mit einem Bekenntnis des Irrtums zum offiziellen kommunistischen Kurs zurück. Ob etwa geblendet durch die deutschen Vorgänge?

Der *Schweizerische Gewerkschaftsbund* hat sein fünfzigjähriges Jubiläum gefeiert und sich dazu u. a. auch den Segen von Bundesrat Schultheß geben lassen, worüber man sich ein wenig gewundert hat. Er hatte im übrigen Ursache zu Genugtuung und Freude. Welch gewaltiges, notwendiges, zukunftsvolles Werk! Und schon zahlenmäßig ein Aufstieg von 133 zu 187 000 Mitgliedern! Ein schönes Werk ¹⁾ illustriert diese Entwicklung. Auch wir bringen unsere bescheidenen Glückwünsche!

5. Schweizerisches.

Der Versuch, dem Nationalrat, der Vertretung des Gesamtvolkes, durch Herabsetzung seiner Mitgliederzahl etwas von seiner Bedeutung zu nehmen (es handelt

¹⁾ Der Schweizerische Gewerkschaftsbund 1880 bis 1930, von *Friedrich Heeb*.

sich dabei wesentlich um einen Streit um Parteimacht), hat auf der sozialistischen Seite einen Angriff auf den *Ständerat*, die Vertretung der Kantone, hervorgerufen. Soweit das ernst gemeint ist, entpringt es jenem Zentralismus, den ein Teil der Sozialisten für sozialistisch hält, trotzdem er mit Sozialismus am allerwenigsten etwas zu tun hat. *Umgestaltung* im Sinne der *Belebung* hätte unfer Ständerat freilich dringend nötig¹⁾, aber seine prinzipielle Abschaffung ginge an die Lebenswurzeln der Schweiz. Denn diese ist eine Eidgenossenschaft, eine Conföderatio, oder sie ist nicht.

Im Haag wird der *Zonenprozeß* gegen Frankreich mit großer Gründlichkeit verhandelt. Eine im Grunde ziemlich kleine Sache, die man aber, wie das bei uns üblich ist, groß macht, während man das Große klein macht, eine Sache auch, die außenpolitisch ausgeschlachtet wird.

In Basel wurde für eine Wahl in die Regierung unfer Freund Dr. *Max Gerwig* durch die Sozialdemokraten portiert, unterlag aber, obfchon seine geistige Ueberlegenheit gegenüber dem bürgerlichen Kandidaten offenkundig ist. Aber was gilt in der faulen Atmosphäre, die falls nicht Aeußerliches die Gemüter in Wallung bringt, über solchen Wählerfchaften, sozialistischen wie bürgerlichen, lagert, der *Geist*?

6. Kulturelles.

In *Liberia*, das schon lange dem Völkerbund angehört, ist erst jetzt die noch bestehende *Hausklaverei* aufgehoben worden. Es gibt aber immer noch Sklavenhandel, besonders aus dem Sudan nach Arabien und weiter. — Die nordamerikanischen Wahlen werden da und dort als Sieg der Prohibitionsgegner (der „Naffen“) ausgelegt. Das sind sie aber, wie es scheint, nur in ganz begrenztem Maße; sie sind vor allem eine Frucht der wirtschaftlichen Krise. Die *Prohibition* wird davon wenig berührt — denke man darüber sonst wie man will.

Die Gemeinde Pontresina im Engadin, fozufagen die Nächste dazu, hat die Bahn auf den *Bernina* mit großer Mehrheit (60 gegen 17) abgelehnt! Vivat!

7. Religion.

Großes Auffehen hat gerade im Zusammenhang des großen Kampfes zwischen Faschismus und Sozialismus, der die katholische Kirche vor die schwere Entscheidung stellt, von der oben geredet worden ist, ein Aufsatz: „Die Stunde des Bürgertums“ erregt, den *Karl Muth*, der Herausgeber des „*Hochland*“, der aktuellsten Zeitschrift des deutschen Katholizismus, im Oktoberheft veröffentlicht hat. Er ist in einzelnen Partien geradezu ein Bekenntnis zum „religiösen Sozialismus“. Man vergleiche folgende Stellen.

„Das ungläubig gewordene Bürgertum hat kein Recht mehr, das im Namen des gleichen Unglaubens sich erhebende Proletariat mit weltanschaulichen oder gar religiösen, christlichen Argumenten zu bekämpfen. Dieses Proletariat ist ja nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geistig aus seinem Schoß hervorgegangen. Es ist nur der schlecht geratene Sohn eines ungeratenen Vaters. Der bürgerliche „Liberalismus“ hat Schule gemacht. Er ist wie zur Luft geworden, die das gesamte Bürgertum einzuatmen gar nicht mehr anders konnte, nicht ein politischer nur, sondern ein weltanschaulicher Liberalismus, weitherzig genug, dem Volke die Religion erhalten sehen zu wollen, während er sich selber davon dispensiert. Und so fühlt dieses Bürgertum keine Bedenken, sogar diejenigen religiösen Institutionen und ihre Vertreter zu begünstigen, die in diesem Sinne zu seinem Schutze tätig sind. Das wird gar leicht eine Gefahr für diese Institutionen und die von ihnen vertretene Sache selber. Gleichsam vorgeschoben, sprechen seine Vertreter, die Geistlichen, nun, wenn auch aus ihrer religiösen Gefühls- und Gedankenwelt heraus, scheinbar doch auch im Namen ihrer Begünstiger und laden so das Odium auf sich, das diesen gilt.“

¹⁾ Dazu auch der Nationalrat!

„Ich spreche es geradezu aus, daß mir die wesentliche Voraussetzung jeder politischen Erneuerung und Besinnung des Bürgertums in dem Bewußtsein seiner Verantwortung gegeben scheint, die es gegenüber dem sozialistisch denkenden Volke hat. Es muß sich darüber klar werden, daß die Ohnmacht unseres Staates allein dadurch verursacht ist, daß er der gesellschaftlichen Gegensätze und Spannungen nicht Herr zu werden vermag, weil die beiden großen sozialen Antagonisten, Bürgertum und das sozialistisch denkende Volk, sich um die Vormacht im Staate streiten aus dem gegenseitigen tiefen Mißtrauen heraus, daß, sobald das eine der beiden Lager den Staat zu seinem Staat gemacht habe, es über des andern Lager die Geißel schwingen werde — —. Es ist die Stunde des Bürgertums, die heute geschlagen hat. Es bleibt die Frage: Ist das Vertrauen in die Weisheit des Bürgertums nicht schon zu tief erschüttert, als daß ihm noch einmal möglich wäre, die Führung der Geschicke des Gesamtvolkes in die Hand zu nehmen?“

„Die Lage aber ist die: ein *unbelehrtes* Bürgertum noch einmal an der Herrschaft im Staate — und das Schicksal der bürgerlichen Gesellschaft ist besiegelt. Darum wäre die Vorbedingung jeder neuen Konsolidierung der bürgerlichen Kräfte eine tiefe Wandlung seiner sozialen und politischen Mentalität. Es wird die Rechtfertigung der bürgerlichen Parteien sein, ob sie gewillt und imstande sind, diese Wandlung, die an ihrer Wurzel hätte wirksam sein sollen, nun nachträglich noch einzuleiten und zu vollziehen.“

„Um dies einzusehen, ist es notwendig, die bürgerlichen Mißverständnisse über das Wesen dessen, was die klar und besonnen denkenden Elemente des werktätigen Volkes wollen, auszuräumen. Unser gebildetes Bürgertum muß ohne Voreingenommenheit zu dem Problem der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens ein Verhältnis gewinnen lernen, es muß dem Sozialismus, der nur eine auf das Industrielle und Wirtschaftliche projizierte Form einer sozialen Demokratie ist, furchtlos ins Auge sehen. Daß sich eine Vergefellschaftung unserer Wirtschaft nicht mehr aufhalten oder abwenden läßt, darüber sind sich die meisten unserer helllichtigen Wirtschaftspolitiker klar. Schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hat ein so genialer Denker wie der Staats- und Wirtschaftsrechtler Lorenz von Stein diese Entwicklung vorausgesehen und bejaht, und seitdem konnte sich kein Wirtschaftspolitiker dieser Einsicht mehr verschließen, es sei denn, er wäre mehr Politiker als auf Erkenntnis ausgehender Wirtschaftsdenker gewesen. — Unter den neueren schrieb ein so besonnener Nationalökonom wie der unlängst verstorbene Leipziger Professor Dr. Karl Bücher im Jahre 1919: „Persönlich bin ich von der Unausbleiblichkeit eines schließlichen Sieges des Sozialismus überzeugt.“ Er habe sich immer wieder gesagt, „daß die ökonomische Welt einmal in der Richtung zu suchen sein werde, wie die Besten unter den Sozialisten sie sich vorstellen“. Und wenn der namhafte Soziologe Ferdinand Toennies es ausspricht, daß „die Tage des privaten Reichtums gezählt“ seien und „ein neues Zeitalter höherer menschlicher Gemeinschaft“ anbreche, so heißt das im Grunde auch nichts anderes.“

„In dem Maße, als die wirtschaftlichen Hoffnungen des Sozialismus ihrer wenn auch langsamen Erfüllung entgegenreifen, hat in Deutschland ein geistiger Umbruch eingesetzt. Es ist eine unter den deutschen Sozialisten der jungen Generation auflebende religiöse Bewegung, die, vorerst noch zum großen Teil autonom, Keime eines neuen Gemeinschaftslebens in sich trägt. Während diese jungen religiösen Sozialisten sich von seiten der älteren Sozialistengeneration einer gewissen Toleranz erfreuen, sind sie von kirchlichen Gruppen mißtrauisch betrachtet und vielfach angefochten worden. Ich persönlich glaube, daß Sozialismus als sittliche Idee und Christentum tiefinnerlich zusammengehören, und daß es ein Verhängnis sehr ernster und folgenschwerer Art war, daß die christliche Welt sich nicht schon früher der sozialistischen Bewegung angenommen und sie in ihrem wirtschaftlichen Ethos unzweideutig bejaht hat.“

„Gerade wir Katholiken haben, nachdem wir mit dem Bürgertum unseren Frieden geschlossen hatten, uns der Arbeiterfrage nur vom Standpunkt der Seel-

forge angenommen und es den „anderen“ überlassen, die geistigen und sittlichen Kräfte in Bewegung zu setzen, die notwendig waren, um das einem ganzen Stande drohende furchtbare Schicksal allen deutlich zu machen. Nicht so leicht wie seinerzeit mit der kapitalistischen Welt werden es infolgedessen die Kirchen haben, ihren Frieden zu machen mit der sozialistisch-proletarischen, wenn sie erst einmal zum Siege gelangt ist; zum Siege aber wird sie gelangen, und es bleibt nur die Frage, ob es mit uns oder gegen uns geschieht.“

„Das Christentum, das gerade in seinen gläubigen Elementen sich mehr und mehr in eine kleinbürgerliche Welt zu verpuppen droht, wird somit als geistige Macht nur wieder wirksam werden, wenn es, seiner Frühzeit getreu, sich dem Christophorus der neuauftretenden Gesellschaft anvertraut und von ihm sich durch die Wirbel des Zeitenstroms an ein neues Ufer hinübertragen läßt.“

Wir werden von diesem Aufsatz noch reden. Er ist ein *Zeichen* ersten Ranges.

Unsere schweizerischen kirchlichen Kreise haben, wenn ich recht sehe aus der Kuyperschen Bewegung, das Schlagwort vom *Säkularismus* aufgegriffen und machen ein mächtiges Wesen daraus, als ob ein neues Fremdwort schon ein Stück Offenbarung und Erlösung wäre. Säkularisation heißt schließlich einfach *Verweltlichung* und bezeichnet also eine nicht so ganz neue und unbekanntere Sache. Diese kirchlichen Kreise aber verwechseln Verweltlichung mit *Entkirchlichung* und vergessen auch zu untersuchen, wie weit Verweltlichung schon ohne weiteres ein *Schaden* sei. Davon vielleicht ein andermal. Jedenfalls geraten sie dabei leicht in den Wahn, als ob ein neuer religiöser und kirchlicher Stil oder auch nur Anstrich des Lebens für die Sache Gottes schon ein Gewinn wäre. Da scheint nun letzthin an einer Versammlung von Leuten der Innern Mission, Evangelisch-Sozialen und so fort, *Professor Brunner* mit einem energischen Wort hineingefahren zu sein, das, auch wenn es da und dort übers Ziel hinausgeschossen sein mag, hoffentlich doch seine Wirkung tut. Wie eng und kleinlich sind doch meistens diese „frommen“ Kreise. Gottlob wissen wir, daß Gott größer ist als Religion und Kirche.

In *Deutschland* sind die Pfarrer unter den „religiösen Sozialisten“ schwerer Anfeindung ausgesetzt, besonders in Gegenden, wo der Nationalsozialismus obenauf ist, wie in Thüringen. In *Oesterreich* haben die religiösen Sozialisten, besonders die *katholischen* unter ihnen, gerade jetzt eine sehr bedeutsame, wenn auch entsprechend schwere Aufgabe. Ueberhaupt zeigen gerade die letzten Entwicklungen, daß das, was der „religiöse Sozialismus“ meint, der Weg der Zukunft ist. Möge dieses Bewußtsein unsere Freunde in ihrem harten Kampfe stärken und freudig machen.

12. November 1930.

L. R.

Manifest gegen die Wehrpflicht und gegen die Militärische Ausbildung der Jugend. Die Regierungen aller Länder haben endlich offiziell das Recht der Völker auf Frieden anerkannt und im Kellogg-Pakt den Krieg als Mittel nationaler Politik verworfen.

Dennoch wird der Krieg weiter vorbereitet. In krassem Gegensatz zu den Friedensbeteuerungen der Regierungen steht vor allem die Aufrechterhaltung und Erweiterung der militärischen Ausbildung der Jugend.

Zwei Formen dieser militärischen Ausbildung machen sich geltend: in vielen Ländern besteht sie als gesetzliche Wehrpflicht; in andern ist sie zwar dem Namen nach freiwillig, wird jedoch der Jugend durch moralischen und wirtschaftlichen Druck aufgenötigt. Außerdem erachten es alle Regierungen als ihr Recht, von den männlichen und weiblichen Staatsbürgern Kriegsdienst zu verlangen.

Wir erklären, daß jeder, der aufrichtig den Frieden will, für die Abschaffung der Militarisation der Jugend kämpfen und den Regierungen das Recht absprechen muß, den Staatsbürgern die Wehrpflicht aufzuerlegen.

Die *Wehrpflicht* liefert die Einzelpersonlichkeit dem Militarismus aus. Sie ist eine *Form der Knechtenschaft*. Daß die Völker sie gewohnheitsmäßig dulden, ist nur ein Beweis mehr für ihren abstumpfenden Einfluß.

Militärische Ausbildung ist Schulung von Körper und Geist in der Kunst des Tötens. *Militärische Ausbildung* ist Erziehung zum Kriege. Sie ist die *Verewigung des Kriegsgeistes*. Sie verhindert die Entwicklung des Willens zum Frieden. Die ältere Generation begeht ein schweres Verbrechen an der Zukunft, wenn sie die Jugend in Schulen und Universitäten, in staatlichen und privaten Organisationen, oft unter dem Vorwand körperlicher Ertüchtigung, das Kriegshandwerk lehrt.

Die Friedensverträge haben den besiegten Völkern die Aufhebung der militärischen Ausbildung der Jugend und die Abschaffung der Wehrpflicht auferlegt. Mögen die Völker der ganzen Welt endlich durch eigene Initiative mit ihnen aufräumen!

Wenn die Regierungen die tiefe Empörung und Auflehnung gegen den Krieg nicht erkennen wollen, so müssen sie mit Widerstand aller derer rechnen, denen die Hingabe an die Menschheit und an die Stimme ihres Gewissens höchstes Gesetz ist.

Völker der Welt, beschließt: *Fort mit der Militarisierung! — Fort mit der Wehrpflicht! — Erzieht die Jugend zur Menschlichkeit! Erzieht die Jugend zum Frieden!*

Das Manifest gegen die Wehrpflicht ist unterzeichnet von:

Jane Addams (U. S. A.); Dr. h. c. H. P. Berlage (Niederlande); Se. Eminenz der Bischof von Birmingham (England); Paul Birukoff (Schweiz, früher Rußland); Valentin Bulgakoff (Rußland); Professor Dr. John Dewey (U. S. A.); Professor Dr. Albert Einstein (Deutschland); Professor Dr. August Forel (Schweiz); Professor Dr. Sigmund Freud (Oesterreich); Arvid Järnefelt (Finnland); Toyohiko Kagawa (Japan); T. Z. Koo (China); Professor Dr. J. B. Kizak (Tschechoslowakei); Selma Lagerlöf (Schweden); Dr. J. L. Magnes (Palästina); Dr. h. c. Thomas Mann (Deutschland); Victor Margueritte (Frankreich); H. W. Nevins (Großbritannien); Rector Ole Olden (Norwegen); Professor Dr. Quidde (Deutschland); Professor Dr. Emanuel Radl (Tschechoslowakei); Prof. Dr. Leonhard Ragaz (Schweiz); Ameen Rihani (Arabien); Henriette Roland Holst (Niederlande); Romain Rolland (Frankreich); Hon. Bertrand Russell, F. R. S. (Großbritannien); General a. D., Dr. h. c. von Schoenaich (Deutschland); Upton Sinclair (U. S. A.); Rabindranath Tagore (Indien); Elin Wägner (Schweden); H. G. Wells (Großbritannien); Stefan Zweig (Oesterreich).

Dieses Manifest wird herausgegeben vom „*Joint Peace Council*“, in welchem die folgenden internationalen Friedensverbände zusammenarbeiten:

Der Rat für Internationalen Dienst der Gesellschaft der Freunde (London);
das Internationale Antimilitaristische Bureau (Haag);
die Internationale Genossenschaftliche Frauengilde (London);
der Internationale Versöhnungsbund (Wien);
die Internationale der Antimilitaristischen Pfarrer (Ammerstol);
der Ausschuß für Friedensarbeit der Quäker (London);
die Internationale der Kriegsdienstgegner (Enfield);
die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Genf);

Das Sekretariat des „*Joint Peace Council*“ befindet sich in Wien VII, Döblergasse 2/26, Oesterreich.

Hitler in der Schweiz. Daß die nationalsozialistische Welle auch in die Schweiz, besonders natürlich die deutsche, hereinschlagen werde, war leicht vorauszu sehen (vgl. das Septemberheft S. 486). Eine Bestätigung dafür ist folgende Mitteilung der St. Galler „*Volksstimme*“ (Nr. 222):

„Ein guter Wind hat der Redaktion unseres Genfer Parteiblattes ein Zirkular der „*Schweizerischen patriotischen Liga*“ auf den Tisch geweht. Es wird da — es handelt sich um einen Aufruf um finanzielle Unterstützung — erwähnt, daß die Liga „*alle Bürgerwehren und Hilfsdienste* der Schweiz, der deutschen, französischen wie italienischen vereinigt“. Ueber den Zweck bringt man aus:

Aufrechterhaltung der Verbindung mit den Sektionen und Bürgerwehren in den Kantonen und gegenseitige Unterrichtung über die in den verschiedenen Kantonen gemachten Erfahrungen.

Befonders schwerwiegend ist folgender Passus:

Aufrechterhaltung der Verbindung mit gleichen Organisationen im Ausland, Austausch der gemachten Erfahrungen und Vermittlung dieser Meldungen an die kantonalen Sektionen.

Weiter, das interessiert besonders unsere Eisenbahner:

Vorbereitung eines Hilfsdienstes für die Führung von Zügen.

Unzweideutig ist auch das:

Beobachtung der Bewegung und Tätigkeit der Sozialisten und Kommunisten in der Schweiz und im Ausland, und zum Schluß: Ferner haben wir uns ununterbrochen mit den antimilitaristischen Pfarrern und Lehrern beschäftigt.

Organisationen, die die Öffentlichkeit nicht scheuen, brauchen über die Herkunft ihrer Mittel nicht den Mantel des Geheimnisses zu decken. Anders bei unseren Fasziisten:

Die Herkunft der Gelder wird von der Finanzkommission als besonders vertraulich betrachtet, und die Namen der Spender sind nur drei Mitgliedern dieser Kommission bekannt.“

Schließlich geht aus dem Zirkular hervor, daß für den Unterhalt der beiden Sekretariate von *Genf* und *Aarau* im Jahre 1930 Fr. 72 500 veranschlagt sind.

Wir haben also auch in der Schweiz eine regelrechte faszistische Organisation, die auch bewaffnet ist, rekrutiert sich diese dunkle Gesellschaft doch zu einem schönen Teil aus schweizerischen Offizieren, die übrigens die Leitung der Bürgerwehren innehaben.

Aber es scheint noch mehr im Werke zu sein. Wie Jakob Bühler in der Basler „Nationalzeitung“ (Nr. 529) berichtet, verfenet eine „Vereinigung für politische Erneuerung“ einen Fragebogen (den sie dem Schreibenden freilich nicht zugestellt hat!), mit Fragen, die sehr deutlich aus dem faschistisch-nationalsozialistischen Katechismus stammen. Es sei darin die Rede von „Abbau der Demokratie“, von „systematischer Bekämpfung des Marxismus und seiner Äußerungen im öffentlichen Leben“, von „einem Kampfverband politisch handlungswilliger Männer, die neben Diskussionen militärische Uebungen veranstalten“ und so fort!

Zu erschrecken braucht man darüber nicht. Das Ganze ist nur ein Beweis mehr für die bekannte Fähigkeit des Durchschnittschweizers, ausländische Lofungen nachzupapageien und ausländische Bewegungen nachzuäffen.

Von Büchern

Hans Spahn: Das Evangelium und unsere Fragen und Nöte. Verlag Walter Loeptien, Meiringen und Leipzig.

Die geistige Not und Verwirrung wird immer ärger. Besonders in den Tiefen der heutigen Kultur (besser Unkultur), in der Breite der heutigen Zivilisation. Auf den Höhen ist ja schon eine Wendung eingetreten, hier klärt sich der Himmel (wobei ich unter „Höhen“ hier wieder an die *Kultur* denke), auch wenn noch nicht die Sonne hervorgetreten ist. Gerade zu den Menschen in den Tiefen und in der Breite der heutigen Menschenwelt möchte Hans Spahn, unser Freund und einstiger Schüler, mit seinem Buche sprechen. Er tut es so, wie es die einfachen Leute gern haben: mit reicher Veranschaulichung der Grundwahrheiten des Evangeliums durch Tatsachen, Gleichnisse, Worte von bedeutenden Menschen (besonders solche von Fr. W. Förster werden bevorzugt) und er tut es so, daß das Evangelium mitten in die Nöte und Verheißungen der Gegenwart gestellt wird. Dabei nimmt er kein Blatt vor den Mund: das *soziale* Problem, mit seinen